

## DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ – Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Dr. Andreas Brugger

betreffend:

### **Öffentliche statt private Gesundheitsversorgung:**

**Institut für Nuklearmedizin und Schilddrüsendiagnostik der TILAK in Wörgl nicht privatisieren!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

### **DRINGLICHKEITSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend mit der TILAK in Verhandlung zu treten, damit das Institut für Nuklearmedizin und Schilddrüsendiagnostik in Wörgl auch weiterhin für die öffentliche Versorgung der PatientInnen im Tiroler Unterland zur Verfügung steht.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit** zugewiesen werden.

### **BEGRÜNDUNG:**

Die TILAK – Tiroler Landeskrankenanstalten Gesellschaft betreibt ein **Institut für Nuklearmedizin und Schilddrüsendiagnostik in Wörgl als Außenstelle** des gleichnamigen Institutes an der Universitätsklinik Innsbruck. Diese Einrichtung hat den **Versorgungsauftrag für das Tiroler Unterland**, da es sich um eine Einrichtung der Klinik handelt, ist die Versorgung für alle sozialversicherten PatientInnen kostenlos. Es nehmen auch sehr viele PatientInnen aus dem Pinzgau und Pongau die Leistungen in Anspruch. Insgesamt ist diese Abteilung für ein **Einzugsgebiet von 250.000 Menschen** zuständig.

PatientInnen suchen dann eine Nuklearmedizin auf, wenn spezielle Untersuchungen oder Behandlungen im Rahmen der Diagnostik oder der Therapie notwendig sind. Es werden vorwiegend Krebserkrankungen, Schilddrüsenerkrankungen, gutartige Tumore, Knochenentzündungen, Nierenerkrankungen, Rheuma oder Herzkrankheiten diagnostiziert bzw. behandelt. Dies soll verdeutlichen, dass in diesem Institut sehr viele, schwer kranke PatientInnen behandelt werden bzw. zu Diagnosezwecken die Einrichtung aufsuchen.

**Seit rund einem Jahr gibt es Pläne der landeseigenen TILAK, dieses öffentliche Institut, das viele Kassen-Patienten versorgt, mit August dieses Jahres zu schließen und privatwirtschaftlich weiterführen zu lassen.** Dabei bleiben viele Fragen offen: Etwa, ob es weiterhin Kassenverträge für das private Institut zur Versorgung der Unterländer Bevölkerung geben wird oder ob die PatientInnen künftig für die Leistungen aus der privaten Kasse zu bezahlen haben. Eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung wird es jedenfalls geben, da das Leistungsangebot eingeschränkt wird.

Sollte dieses Institut für die Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung stehen, würde die Versorgungsqualität deutlich schlechter werden. Das Unterland wäre dann völlig unversorgt, die PatientInnen müssten **60 km weiter**, nämlich nach Innsbruck, fahren. Da es sich um viele, schwer kranke Menschen handelt, ist dies nur schwer zumutbar!

Die öffentliche, medizinische Versorgung darf nicht den privatwirtschaftlichen Interessen geopfert werden! Es hat den Anschein, dass bei dieser geplanten Schließung die Kostenrechnung im Vordergrund steht und nicht die medizinische Notwendigkeit und das Wohl der Tiroler PatientInnen.

Weiters widerspricht dieses Vorgehen der landeseigenen TILAK den Plänen, die Patientenversorgung in Tirol zu dezentralisieren und in die Regionen Tirols auszulagern. Zu erwähnen ist dabei, dass der Versorgungsauftrag für das Tiroler Oberland und das Außerfern in Telfs liegt.

Ungeklärt ist auch, was im Falle einer Schließung mit den derzeit beschäftigten 8 MitarbeiterInnen passieren würde. Es handelt sich dabei um Sekretariatskräfte, eine diplomierte Pflegeperson, eine(n) RTA und eine(n) MTF und eine Oberärztin, sowie den Leiter. Diese Personen haben ihren Lebensmittelpunkt im Tiroler Unterland und es stellt sich die Frage, ob die TILAK dort entsprechende Stellen zur Verfügung stellen bzw. anbieten kann.

**Die Dringlichkeit** ergibt sich daraus, dass die Schließung und Privatisierung in wenigen Monaten abgeschlossen werden sollen, bislang aber völlig unklar ist, wie die Versorgung der PatientInnen, die nuklearmedizinische Leistungen im Tiroler Unterland benötigen, künftig ausschauen soll. Weiters sind die Arbeitsplätze von 8 Personen gefährdet.

Innsbruck, 08. Mai 2014